

# RHEINISCHE POST

ZEITUNG FÜR POLITIK UND CHRISTLICHE KULTUR



## LITERATUR

Schriftsteller Gregor Maria Hoff erzählt in einem Krimi vom Mord im Tagebau-Revier. Kultur

## FINANZEN

Das müssen Eigentümer bei der Grundsteuererklärung beachten. Wirtschaft

## ITALIEN

Bei den Neuwahlen im Herbst könnte Giorgia Meloni triumphieren. Porträt einer Rechtspopulistin. Politik



## DÜSSELDORF

### LOKALES

#### Seilbahn zur Kaserne bleibt nur ein Traum



Die Stadtspitze ist nach erneuter Prüfung weder für Seil- noch für Straßenbahn auf dem Gallberg. Jetzt soll der Bus optimiert werden.

SEITE C1

### FORSCHUNG

#### Verstehen wie die Natur funktioniert

Die Biochemiker der Universität beschäftigen sich mit Membranen. So könnte ein neues Medikament gegen Keuchhusten entstehen.

SEITE C4

### DÜSSELDORFER SÜDEN

#### Der Stadtteil Garath soll sauberer werden

Hundehaufen auf Spielwiesen und wilde Müllkippen belasten die Bürger im Stadtbezirk 10. Was die Situation verbessern soll.

SEITE C8

### ZITAT

„Bio mit seiner gesamten Wertschöpfungskette ist eine Antwort auf unsere planetaren Krisen.“

**Cem Özdemir** (56), Bundeslandwirtschaftsminister (Grüne)

### WETTER

#### Wechsel von Sonne und Wolken



### RP KONTAKT

Leserservice 0211 505-1111, Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr  
www.rp-online.de/Leserservice  
Anzeigenservice  
0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr  
www.rp-online.de/anzeigen

RP-ONLINE.DE

## LINKS AUSSEN

Die CDU will der Verkehrswende endlich Flügel verleihen. Friedrich Merz hat nach Informationen des Porsche-Mitarbeitermagazins „Heißer Draht“ Finanzminister Christian Lindner eine neue Abwrackprämie vorgeschlagen. Demnach soll jeder Bundesbürger sein Auto mit Verbrennermotor beim zuständigen Kraftfahrtdienstamt formlos gegen ein Flugzeug des Typs Diamond DA62 eintauschen dürfen. Dieses Kleinflugzeug verbrauche, sagte Merz demnach, um es mal auf den Punkt zu bringen, weniger Sprit als jedes andere Fahrzeug. Lindner wollte dem Porsche-Magazin zufolge dem Vorschlag erst zustimmen, wenn es fliegende 911er gibt. Ganz schön abgehoben. her



4 190586 802207 4 0 0 3 0



## FUSSBALL-EM

### Finale!

Der Traum vom EM-Sieg in Wembley lebt: Alexandra Popp schießt die deutschen Fußballerinnen ins Endspiel. Beim 2:1 gegen Frankreich erzielt sie beide Tore für die DFB-Elf.

Sport

# Kein Geld für Hitzeschutz im Altenheim

Das Land NRW will in den kommenden Jahren in Klimakonzepten für Krankenhäuser investieren. Für Senioreneinrichtungen ist das bislang nicht vorgesehen. Interessenvertreter fordern ein Umdenken.

VON SINA ZEHRFELD

**DÜSSELDORF** Hitze tötet. Extreme Sommer kosten Menschenleben. Vor allem ältere Menschen, insbesondere die über 85 Jahren, sowie gesundheitlich angegriffene Personen sind gefährdet. Für Klimaanpassungsmaßnahmen in Krankenhäusern will die schwarz-grüne Landesregierung nun viel Geld in die Hand nehmen: Allein ein Drittel der Mittel, die sie in den nächsten Jahren in den umfassenden Umbau der Kliniklandschaft stecken will, ist dafür vorgesehen. Von Hitzeschutz in Altenheimen ist hingegen nicht die Rede.

Einrichtungsträger und Interessenvertreter fordern, dass die Regierung nachbessert. „Es muss ein Sondervermögen des Landes für Temperatur-Anpassungsmaßnahmen geben, das es uns möglich macht, schnell zu handeln“, sagte Frank Hensel, Direktor des Diözesan-Caritasverbandes im Erzbistum Köln und von Haus aus Mediziner. Vorrichtungen zur Verschattung,

Wasser und Grünanlagen im Umfeld von Heimen für ein kühleres Mikroklima, Dachbegrünungen und dergleichen: „Das sind eigentlich Dinge, die man unmittelbar braucht“, so Hensel gegenüber unserer Redaktion.

Wegen neuer Vorschriften zu Einzelzimmerquoten und Ausstattung seien binnen der letzten Jahre reihenweise Altenpflegeeinrichtungen umgebaut worden. Die Fördermittel dafür hätten aber keine Klima-Anpassungsmaßnahmen vorgesehen. Nun hätten die Betreiber also gerade eine Bauphase hinter sich, zahlten Kredite ab und könnten aus eigener Kraft keine neuen Projekte anfangen: „Das geht nur, wenn man uns mit einem Sondervermögen hilft.“

Der Sozialverband VdK in Nordrhein-Westfalen bittet das Land um eine „Nachbetrachtung“: Wie für die Krankenhäuser, so müsse auch für Pflegeheime Geld da sein, sagte der Vorsitzende des Landesverbands, Horst Vöge. Über eine Million Pflegebedürftige gebe es in NRW, rund 170.000 Menschen lebten in Ein-

richtungen. „Auch neuere Häuser müssten nachgerüstet werden. Es reicht nicht, einen Ventilator hinzustellen.“ Außerdem brauche es Leitlinien für Neubauten: „Es sollten Vorschriften erlassen werden, damit für die Klimaveränderung angemessene Vorrichtungen von Anfang an eingeplant werden können und müssen.“

Beim Land sieht man durchaus

### INFO

#### Tausende Hitzetote in jedem Jahr

**Pflegeheime** Derzeit gibt es rund 3000 Pflegeheime in Nordrhein-Westfalen. Der Sozialverband VdK rechnet mit einem Bedarf an 1500 weiteren bis 2050.

**Hitzetote** Nach einer neuen Untersuchung gab es im Jahr 2018 rund 8700 Sterbefälle durch Hitze, etwa 6900 im Jahr 2019 und etwa 3700 im Jahr 2020.

die Notwendigkeit, sich auf extreme Sommer einzustellen. „Auch in der gesundheitlichen Versorgung müssen wir uns auf die klimatischen Veränderungen vorbereiten. Vor allem ältere oder kranke Personen werden durch extreme Temperaturen mehr belastet als der Rest der Bevölkerung. Hier sind besondere Maßnahmen notwendig“, so Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU). Krankenhäuser müssten etwa in Klima- oder Verschattungsanlagen investieren. „Insbesondere müssen wir darüber hinaus auch einen genauen Blick auf die Pflegeeinrichtungen werfen. Auch hier sind klare Konzepte notwendig.“

Dann aber verweist das Gesundheitsministerium auf bestehende gesetzliche Regelungen. Demnach hätten die Einrichtungen für eine „den klimatischen Verhältnissen angepasste Innentemperatur in den Individual- und Gemeinschaftsbereichen zu sorgen“, heißt es. Dazu gehöre wie das Heizen auch der Schutz vor zu hohen Temperaturen. „Die Einrichtungen sind da-

her verpflichtet, entsprechende Anpassungen vorzunehmen.“ Wie sie das machen, müssen sie selbst wissen. Sollten sie es nicht tun, kann die Heimaufsicht einschreiten.

Aus der Opposition im Düsseldorfer Landtag kommt der Vorwurf, das Gesundheitsministerium habe das Arbeitsfeld verschlafen. „Klimaanpassungsmaßnahmen braucht es auch für Pflegeheime“, erklärte die stellvertretende Chefin der SPD-Fraktion, Lisa-Kristin Kapteinat. Und weder diese noch die Krankenhäuser könnten darauf noch Jahre warten: „Wir brauchen kurzfristige Maßnahmen, um der Hitze zu begegnen.“ Beispielsweise werde derzeit der Großteil der Medikamente ohne weitere Kühlung in Schränke gelagert. „Da müssen wir jetzt schnell was tun.“ In Altenheimen könnten ungelernete Kräfte dabei helfen zu kontrollieren, wie es den Bewohnern geht. „Dafür braucht man kein ausgebildetes Personal“, so Kapteinat. Das Land müsse für solche Lösungen Regeln schaffen und sie finanziell ermöglichen.

## Verdi-Streik legt Lufthansa lahm

Mehr als 1000 Flüge wurden gestrichen, vor allem in Frankfurt und München.

**FRANKFURT** (dpa) Die Gewerkschaft Verdi hat mit einem Warnstreik des Bodenpersonals den Flugbetrieb der Lufthansa weitgehend lahmgelegt. Am Mittwoch waren nahezu alle Lufthansa-Flüge an den Drehkreuzen München und Frankfurt gestrichen. Während die Beschäftigten für höhere Gehälter demonstrierten, bangten in den Terminals zahlreiche Passagiere um ihre Möglichkeiten zum Weiterflug.

Der Ausstand hatte am Mittwochmorgen begonnen und sollte bis Donnerstag, 6 Uhr, dauern. Lufthansa hatte deshalb vorsorglich mehr als 1000 Flüge an den Drehkreuzen Frankfurt und München gestrichen und fürchtet Auswirkungen bis zum Freitag, dem letzten Schultag vor den Sommerferien in Bay-

ern. 134.000 Passagiere mussten ihre Reisepläne ändern oder aufgeben. Bis zur Wiederaufnahme der Tarifgespräche am 3. August soll es keinen weiteren Streik geben, sagte Verdi-Verhandlungsführerin Christine Behle im ZDF-Morgenmagazin.

Am größten deutschen Airport in Frankfurt wurden am Mittwoch 725 von 1160 geplanten Flügen abgesagt, wie ein Sprecher des Betreibers Fraport erklärte. Auch Flüge anderer Gesellschaften waren betroffen, die üblicherweise vom Lufthansa-Bodenpersonal mitbetreut werden. Lufthansa selbst hatte für Mittwoch die Zahl von 646 streikbedingten Flugabsagen genannt.

Ähnlich sah es in München aus, wo Lufthansa selbst 330 Flüge abgesagt hatte, aber zusätzlich weite-

re Airlines betroffen waren. An den kleineren Flughafen-Standorten fielen meist nur die Verbindungen nach München und Frankfurt aus.

Verdi und Lufthansa hielten sich gegenseitig vor, für die Lage verantwortlich zu sein. Lufthansa habe bewusst darauf verzichtet, nach der Warnstreikankündigung noch einmal zu verhandeln, sagte Verdi-Streikleiter Marvin Reschinsky. Er hoffe nun auf ein schnelles, gutes Ergebnis. Lufthansa-Sprecher Martin Leutke bezeichnete den Warnstreik als „unnötig, überzogen und viel zu umfangreich“. Lufthansa und Verdi haben erst in zwei Runden über die künftigen Gehälter und Arbeitsbedingungen der rund 20.000 Bodenbeschäftigten gesprochen.

**Nordrhein-Westfalen**

## Musterhaushalt zahlt 2538 Euro mehr für Energie

**DÜSSELDORF** (anh) Russland macht ernst mit der Drosselung: Seit Mittwoch fließt noch weniger Gas durch die Pipeline Nord Stream 1. Die Lieferung liege bei 19,5 Prozent der Maximalleistung, erklärte die Bundesnetzagentur. Nach Ende der Wartung hatte Russland die Lieferungen zunächst auf 40 Prozent angehoben. „Die Lage ist angespannt, und eine weitere Verschlechterung der Situation kann nicht ausgeschlossen werden“, so die Behörde. Bislang werde noch Gas eingespeichert. „Sollten die russischen Lieferungen auf diesem niedrigen Niveau verharren, ist ein Speicherstand von 95 Prozent bis November kaum ohne zusätzliche Maßnahmen erreichbar.“

Verbraucher müssen sich auf weitere kräftige Preissteigerungen ein-

stellen, wie das Vergleichsportal Check 24 für einen Vier-Personen-Musterhaushalt vorrechnet, der 20.000 Kilowattstunden Gas und 5000 Kilowattstunden Strom verbraucht: Die Gasrechnung erhöht sich nach den aktuellen Preisen binnen eines Jahres von 1301 Euro auf 3415 Euro. Die Stromrechnung steigt von 1525 Euro auf 1949 Euro. Zusammen ergibt das eine Kostensteigerung von 2538 Euro im Jahr. Hinzu kommt eine Umlage, die alle Gaskunden ab Oktober zahlen sollen, damit Großhändler wie Uniper die Energiekrise überleben. Die Höhe ist noch offen. Werden es zwei Cent pro Kilowattstunde, wie der Kanzler in Aussicht stellte, fallen weitere 476 Euro im Jahr an.

**Politik**